



debatte

Kinderschutz in der Krise

Kinder, die in ihren Familien sexuelle Gewalt erleben, sind jetzt besonders schutzlos. Auch ihre Helfer haben keine Lobby – trotz steigender Fallzahlen

Am 16. März 2020 beschließt Hamburg die weitgehende Stilllegung des öffentlichen Lebens. Auch in den Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt steht plötzlich alles still: Das Telefon klingelt nicht mehr, persönliche Beratungen und alle Präventionsprojekte müssen abgesagt werden. Wie können betroffene Kinder und Jugendliche erreicht werden? Wie kann der Schutz sichergestellt werden? Von null auf gleich muss alles umgestellt werden. Im Zuge der für alle belastenden Situation zeigt sich schnell, dass Gewaltschutzeinrichtungen und der Kinderschutz eher nicht im Fokus der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen stehen.

In dieser gesellschaftlichen Krisenzeit – gekennzeichnet durch Isolation, räumliche Enge, (Existenz-)Ängste und wirtschaftliche Unsicherheit – ist eine Zunahme an innerfamiliärer (sexualisierter) Gewalt zu befürchten. Familien sind

In den Beratungsstellen zeigt sich jetzt, wie befürchtet, ein enormer Anstieg an Anrufen und Fallanfragen

rund um die Uhr zu Hause, Möglichkeiten des Stressabbaus und Ausgleichs entfallen, gleichzeitig steigt der Druck, der dann oftmals an den Kleinsten und Schwächsten abgelenkt wird. Kinder und Jugendliche haben kaum bis gar keine Kontakt- und Bezugspersonen außerhalb ihres familiären Systems. An wen können sie sich jetzt wenden, wenn ihr Zuhause kein sicherer Ort ist?

Bei den unabhängigen Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt finden Ratsuchende Hilfe, doch die oftmals wichtigen persönlichen Kontakte im Schutzraum der Beratungsstelle entfallen. Auch laufende Fälle und Verdachtsabklärungen liegen still. Fachkräfte aus Kitas, Schulen, stationären Einrichtungen oder Jugendämtern, mit denen eine fallbezogene Kooperation unabdingbar ist, sind kaum noch zu erreichen oder auch sie haben keinen Kontakt zu ihren Klient*innen. Die Sorge nimmt bei allen zu. Neben der persönlichen Beratungsarbeit entfallen auch schlagartig alle Präventions- und Fortbildungsveranstaltungen. Ein wichtiger Pfeiler der Beratungsstellenarbeit, da Prävention, Aufklärung und Sensibilisierung erwiesenermaßen dazu beitragen, Missbrauch aufzudecken und zu beenden.

Julian ist ein Junge, um den es schon häufig in der Fachberatung ging. Bei ihm besteht der Verdacht des innerfamiliären Missbrauchs. Die Pädagog*innen, die uns regelmäßig um Rat fragen, machen sich Sorgen: Julians Mutter hat einen neuen Weg gefunden, um ihn vor dem Hilfesystem zu verstecken. Die Familie gehöre angeblich einer Risikogruppe an und könne keine Kontakte zulassen. Julian verschwindet damit vom Radar. Sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, oftmals gekennzeichnet durch Tabuisierung und auch Wegschauen, rückt in der aktuellen Lage noch mehr ins Dunkelfeld. Denn sie findet zumeist im familiären Rahmen statt, die

Täter*innen sind die engsten Angehörigen und nun häufig mit ihren Opfern in der Isolation.

So wie bei Ella (10 Jahre). Sie ruft regelmäßig an. Anfangs legt sie immer wieder auf oder flüstert nur in den Hörer. Nach einigen Wochen und regelmäßigen Telefonaten baut sich langsam ein Vertrauensverhältnis auf. Ella ist gemeinsam mit ihren Geschwistern den Wutausbrüchen und sexuellen Übergriffen des Vaters ausgeliefert. Für Ella ist es in ihrer aktuellen Situation kaum möglich, etwas zu tun, zu groß ist die Angst. Abgesehen von ihrem Namen möchte sie keine Daten nennen. Bis heute sind wir nur im telefonischen Kontakt.

Wie geht es für Julian und Ella und viele andere Kinder weiter? Fast zwei Monate nach dem Lockdown zeigt sich in den Beratungsstellen, was befürchtet wurde: ein enormer Anstieg an Anrufen und Fallanfragen. Wie eine an Geschwindigkeit zunehmende Lawine rollen die Fälle und Verdachtsabklärungen auf uns zu. Wir sind und wir bleiben da – fragen uns aber, wie wir den Ansturm auffangen sollen, da unsere Arbeitskapazität nach wie vor eingeschränkt ist.

Die letzten Wochen haben die Frage aufgeworfen, wer oder was in unserer Gesellschaft systemrelevant ist. Es ist skandalös, dass im aktuellen Konjunkturprogramm der Bundesregierung der Kinderschutz wieder nicht mitgedacht wurde. Seit Jahren fordern Expert*innen und Fachkräfte, nicht auf die nächsten Missbrauchsskandale wie in Staufen oder Lügde zu warten, sondern stattdessen ein umfassendes Kinderschutzpaket zu verabschieden, das Prävention stärkt sowie ausreichend finanziell gesicherte Interventions- und Unterstützungsangebote bereithält. Gerade im ländlichen Raum, für betroffene Jungen sowie für Erwachsene ist das Hilfsangebot nicht ausreichend. Eine schnelle, niedrighschwellige Hilfe bei diesem ohnehin tabuisierten und schambesetzten Thema ist unabdingbar.

Seit 2011 existiert auf Bundesebene das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs. Ähnliches fordern wir auf Ebene der Länder, die für die Finanzierung der jeweiligen Hilfesysteme zuständig sind. Ein derartiges Amt kann Hilfsangebote und -forderungen lokal bündeln, das Thema mit einer anderen politischen und gesellschaftlichen Erreichbarkeit in die Öffentlichkeit bringen, auf die Bedarfe von Betroffenen aufmerksam machen sowie uns Mitarbeiter*innen der Fachberatungsstellen den Rücken freihalten. Gerade die letzten Monate haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie defizitär das Hilfesystem für betroffene Jungen und Mädchen ist.

Wenn wir auf die aktuelle politische Diskussion blicken, sehen wir in die nächste Zeit mit sehr gemischten Gefühlen. Neben dem Aufarbeiten der letzten Monate befürchten wir eine Diskussion über Einsparungen von Staatsausgaben. Dass Kinderschutz keine große Lobby hat, ist durch das Konjunkturpaket einmal mehr deutlich geworden. Dabei wäre genau jetzt der richtige Zeitpunkt, ein umfassendes Kinderschutzsystem auf den Weg zu bringen.

Damit es nicht bald allzu oft heißt: Julian und Ella, für euch haben wir leider gerade keine Kapazitäten.



Clemens Fobian und **Josephine Rothlaender** arbeiten in den Beratungsstellen basispräventiv und Zündfunke e.V. in Hamburg.



Fotos: privat

Ulrich Schneider ist Erziehungswissenschaftler und seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Er ist zudem Mitglied der Linkspartei.

Anna Lehmann

Sehr viele teure Zuckerli

angstreckenläufer*innen wissen, dass der Erfolg nicht nur vom Training, sondern auch von der Ernährung abhängt. Die guten Kohlenhydrate liefern Energie über einen längeren Zeitraum, schlechte wie Schokolade treiben den Blutzuckerspiegel rasch hoch, der aber genauso rasch wieder absinkt. In der Coronapandemie hat sich die Gesellschaft auf eine Langstrecke begeben, die das Konjunkturpaket meistern helfen soll.

Das Paket ist üppig, aber teilweise nicht ausgewogen. Es enthält viele nachhaltige Maßnahmen – gute Kohlenhydrate. Dazu zählen die Unterstützung der Kommunen und die fast 50 Milliarden für den Klimaschutz. Allerdings hat die Groko ihren Konjunkturbooster aber auch mit zu vielen Zuckerli angereichert. Das teuerste davon ist die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer. 20 Milliarden Euro wird es kosten, wenn bis zum Jahresende der volle Steuersatz von 19 auf 16 Prozent und der ermäßigte von 7 auf 5 Prozent sinkt. Das kann zunächst spürbar für Auftrieb sorgen. Der Leistungsabfall ist

allerdings unausweichlich, wenn die Umsatzsteuer im nächsten Jahr wieder steigt. Sinnvoll und sozial gerecht wäre es daher, die Umsatzsteuer für alle auf Dauer zu senken – im Gegenzug aber den Spitzensteuersatz zu erhöhen und eine vernünftige Vermögen- und Erbschaftsteuer einzuführen.

Ein recht teures Schokoladentäfelchen ist auch der Kinderbonus. Einmalig 300 Euro pro Familie, unabhängig vom Haushaltseinkommen. Mit vier Milliarden Euro ist diese Pauschalbegünstigung teurer als die geplanten Investitionen in Kitas und Schulen zusammen. Eine Milliarde sollen Kitas für Umbauten erhalten, der Ausbau von Ganztagschulen soll mit zwei Milliarden gefördert werden. Auf Dauer leistungssteigernd wäre es, wenn die Groko die momentane Notsituation genutzt hätte, um richtig fett in den Bildungsbereich zu investieren und den Ganztags nachhaltig zu stärken.

So großzügig sich die Groko zeigt – beim Zukunftsthema Bildung ist sie eher geizig. Das wird sich auf langer Strecke rächen.

Patricia Hecht über den Gender Gap im Konjunkturpaket

Dem Backlash ausgeliefert

Wie oft kommt das Wort „Frauen“ im Papier zum Konjunkturpaket der Bundesregierung vor? Gar nicht. Das Wort „Geschlechtergerechtigkeit“? Gar nicht. Und das Wort „Care“? Genau: gar nicht.

Die Coronakrise ist eine Krise der Geschlechter. Mütter ziehen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück, der Gender Pay Gap wird aller Voraussicht nach noch weiter auseinanderklaffen als ohnehin schon, von der Rentenlücke ganz zu schweigen. Unbezahlte Care-Arbeit wird noch mehr als zuvor von Frauen übernommen, was wiederum eins zu eins mit schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt verknüpft ist. Frauen gehen als Verliererinnen aus der Krise hervor. Und dieses Konjunkturpaket steuert dem nicht aktiv entgegen.

Jenseits der Alleinerziehenden, die weit überwiegend weiblich sind, werden Frauen als ökonomische Gruppe nicht adressiert. Zwar kommen einzelne Maßnahmen auch Frauen zugute – nebenbei, nicht offensiv, und als eine Art Abfallprodukt dessen, dass das Paket nun mal für Menschen gemacht

wurde, also auch für Frauen. Aber dass Geschlechterpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, die ressortübergreifend in jeder Maßnahme mitgedacht werden muss, kam der Bundesregierung ganz offensichtlich gar nicht in den Sinn.

Das heißt nicht, dass überhaupt nichts beschlossen wurde, was frauenpolitisch begrüßenswert wäre. Doch die Forderung lautet Gender Budgeting, also geschlechtergerechtes Haushalten, das ganz idealtypisch hätte berücksichtigt werden können. Zudem gäbe es konkrete Maßnahmen, die Frauen adressieren: das Kurzarbeitergeld erhöhen, um Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen, also oft Frauen, vor Armut zu schützen. Und höhere Tarife für Branchen, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind wie Reinigung, Einzelhandel und Pflege.

Es gab die Chance, dem enormen gleichstellungspolitischen Backlash durch die Krise Einhalt zu gebieten. So bleiben Frauen in dem Paket weitgehend unsichtbar. Und wer nicht gesehen wird, kann kaum profitieren.

Schwerpunkt 2+3

die dritte meinung

Arme Menschen ohne Kinder gehen bei all den Milliarden leer aus, kritisiert Ulrich Schneider

Zuerst ein Punkt, der mich wirklich ärgert: Das Wort „Pflege“ taucht in den Vereinbarungen zum Konjunkturpaket nicht ein einziges Mal auf, obwohl hier noch viel zu tun ist, wie die letzten Krisenmonate offenbar werden ließen. Bleibt zu hoffen, dass dahinter nicht die Ansicht steht, mit dem einmaligen Zuschlag von 1.000 Euro für Pflegekräfte und Standing Ovationen im Deutschen Bundestag wäre es getan. Denn das bleibt es garantiert nicht.

Lobenswert dagegen: Auf Lieblingsprojekte wie die Abwrackprämie wurde nun doch verzichtet und stattdessen E-Mobilität gefördert. Das ist schon einmal ein Schlag ins Gesicht der Autolobby. Investiert wird stattdessen in die soziale Infrastruktur. Viele Mitglieder unseres Wohlfahrtsverbandes sind erleichtert, auch weil die Bundesregierung vor einigen Wochen noch eher zögerlich war, was soziale Einrichtungen angeht. Nun gibt es immerhin ein Kredit- und ein kommunales Entlastungsprogramm. Der Kahlschlag in der sozialen Infrastruktur ist vorläufig abgewendet. Das freut uns und sicher auch die

Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Ebenso freut uns, dass der Kinderbonus von 300 Euro offenbar nicht den Gutverdienenden zugutekommt, sondern nur Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.

Aber damit kommen wir zur größten Kritik am Paket: Profitieren können nur Familien mit Kindern, wenn sie Hartz IV beziehen, denn ihnen wird der Kinderbonus nicht angerechnet. Das ist zweifellos gut, aber bedeutet auch, dass alle Kinderlosen, die Leistungen beziehen – egal ob Hartz IV oder Grundsicherung –, leer ausgehen. Die Mehrausgaben, die viele Kinderlose nun auch haben, werden mit keinem Cent berücksichtigt. Es bleibt unbegreiflich, warum bei 130 Milliarden Euro so viele der Armen unberücksichtigt bleiben.

Es bleiben die Mehrwertsteuersenkungen, die aber gerade für diejenigen ein Tropfen auf den heißen Stein sind, die sich sowieso nichts leisten können. Überhaupt bleibt die Frage, ob der Einzelhandel die Senkung der Mehrwertsteuer an die Verbraucher*innen weiterreicht. Das ist eher eine Wette.